



Aufruf zu Kundgebungen und Demonstrationen

19. und 20.01.2026 | 10:00 UHR | BERLIN | NÄHE KANZLERAMT

Während in Berlin und Brüssel über „Wiederaufbau“ in Syrien, Kooperation mit dem so genannten Übergangsregime und Milliardenhilfen verhandelt wird, werden marginalisierte Menschen im syrischen Kontext weiterhin barbarisch verfolgt und getötet. Kurd*innen, Jesid*innen, Drus*innen, Alawit*innen und LGBTQIA+-Personen sind täglich von Vertreibung, Gewalt und Zerstörung ziviler Infrastruktur betroffen und zugleich droht die deutsche Politik, menschenrechtliche Standards zu unterlaufen.

Unter dem Motto **„Zusammen gegen Kriegsverbrecher – Anti Golani Recycling!“** finden am 19. und 20. Januar in Berlin drei Demonstrationen in unmittelbarer Nähe des Kanzleramts statt. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen setzen damit gemeinsam ein klares Zeichen gegen Kriegsverbrechen und für Menschenrechte.

Den Auftakt bildet **am Montag, den 19. Januar, um 16 Uhr** eine Kundgebung vor dem Kanzleramt im Wilhelmsgarten, organisiert von Hawar.help e.V., der Kurdischen Gemeinde Deutschland e.V., der Alevitischen Gemeinde Deutschland, der Union der syrischen Alawiten in Europa e.V. sowie der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.

Weitere Organisationen wie Cênî e.V., Dest-Dan Hêvî Frauenrat, Jinên Ciwan Berlin, Gemeinsam Kämpfen, Kampagne Women Defend Rojava, Ezidischer Frauenrat Berlin, Kongra Star, Junge Frauenkommunen, Nav-Berlin, Kon-Med, Yuna - Demokratische Jugend und Rojava- Netzwerk Berlin schließen sich diesem Protest mit einer **anschließenden Laufdemonstration** vom Kanzleramt zum Brandenburger Tor an.

Am Dienstag, den 20. Januar um 10:00 Uhr wird der Protest in der Nähe des Kanzleramts fortgesetzt. Zu den Organisator*innen dieser Kundgebung zählen Pena.ger e.V., der Flüchtlingsrat Berlin, Hawar.help e.V., Cênî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., Rojava- Netzwerk Berlin sowie weitere Initiativen und Einzelpersonen.

Die Veranstaltungen sind als zusammenhängender Protest angelegt und folgen dem Leitsatz: „Nicht nebeneinander, sondern miteinander. Nicht einmalig, sondern gemeinsam.“ Zwei Tage, viele Organisationen – eine gemeinsame Haltung: Zusammen gegen Kriegsverbrecher.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat nach Gesprächen mit dem syrischen Interimspräsidenten Ahmad al-Sharaa ein Finanzpaket in Höhe von rund 620 Millionen Euro für die Jahre 2026 und 2027 zugesagt, offiziell für Wiederaufbau und humanitäre Hilfe in Syrien. Diese europäische Millionenhilfe wird verhandelt, während weiterhin Gewalt eskaliert und die Bevölkerung barbarisch getötet wird.

Zugleich stehen deutsche Abschiebungen auch in Kriegs- und Krisenregionen sowie die Normalisierung der Zusammenarbeit mit rassistischen, islamistischen und menschenfeindlichen Akteuren auf der politischen Agenda - eine Politik, die Fluchtursachen in den Transit- oder Herkunftsländern verschärft und geflüchtete Menschen erneut in Lebensgefahr bringt.

Das Beispiel Syrien und Al Sharaa ist hierbei kein Einzelfall, auch in Afghanistan und Iran herrschen brutale Regime, die Minderheiten und Frauenrechte angreifen und mit denen trotzdem für Abschiebungen kooperiert wird und die dadurch legitimiert werden.

In Syrien hat Deutschland in der jüngeren Vergangenheit eine besonders bösertige Rolle gespielt, da Vorgängerregimes unter anderem mit tödlichem Giftgas, Waffen und der Ausbildung von Sicherheitskräften versorgt wurden.

Die Menschen in Syrien haben für ein freies Syrien für alle Menschen gekämpft und wurden auch hierbei vom Rest der Welt im Stich gelassen, ausgerechnet auf eine jahrzehntelange brutale Diktatur soll nun die Nächste folgen - wieder einmal mit deutscher Unterstützung.

Hintergrund für dieses Entgegenkommen der deutschen Bundesregierung ist die Behauptung, unter Al Shara'a würde Syrien „befriedet“ um nun blindlings dorthin abschieben zu können.

Wir fordern daher:

Schutz für alle Menschen aus Syrien, menschenrechtsbasierte politische Entscheidungen und Solidarität mit den betroffenen Menschen aus Syrien - gegen Deals mit islamistischen, menschenfeindlichen Gewaltregimen und gegen Abschiebungen in Krisenregionen!

Für Rückfragen/ Presseanfragen erreichbar:

Penager -bundesweite Onlineberatungsstelle für Geflüchtete

info@penager.de

Rojava- Netzwerk Berlin:

Flüchtlingsrat Berlin: buero@fluechtlingsrat-berlin.de

Hawar Help: info@hawar.help

Cênî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden: info@ceni-frauen.org